

Protokoll des Treffens der AG NPuG am Montag 24.02.2020, 18 Uhr, im BUZO

Anwesende: Volker, Martin, Andreas, Ekkehard (Protokoll)
entschuldigt: Sibylle, Erhard

TOP 1 Nachlese zur Veranstaltung mit Karin Leukefeld

Die Veranstaltung zum Thema "Syrien und der Kampf um den nahen Osten" im großen Saal des Jubee war mit über 100 Gästen sehr gut besucht. Der Vortrag von Karin Leukefeld war sehr informativ, insbesondere für Leute, die sich noch nicht eingehender mit der Thematik beschäftigt hatten. Heikle Fragen wie z.B. die Verantwortung für die Giftgaseinsätze oder die relativen Ausmaße der vielfältigen Einmischungen in den Konflikt wurden allerdings weitgehend ausgespart, was aber angesichts der schwierigen Quellenlage bzw. Beweisführung verständlich ist. Entsprechend kurz und "friedlich" verlief auch die anschließende Diskussion.

Trauriges Fazit der Ausführungen der Referentin allerdings: Ein friedliches Ende der Kämpfe ist nicht absehbar, es werden noch viele Opfer zu beklagen sein, und die Zahl der Flüchtlinge wird weiter steigen.

TOP 2 Neues von Klimawandel und Energiewende

Volker referiert wieder über dieses immer aktueller werdende Thema (u.a. den Kohleausstiegsplan der Bundesregierung, voraussichtliche Kosten für diesen und den Klimaschutz überhaupt). Seine schriftliche Zusammenstellung ist unten angefügt.

TOP 3 Initiative Lieferkettengesetz

Die Initiative (<https://lieferkettengesetz.de/>) hat zum Ziel, dass Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden – auch im Ausland. Sie wird von vielen Organisationen getragen bzw. unterstützt. Eine entsprechende, an die Kanzlerin gerichtete on-line-Petition wurde inzwischen von 145000 Befürworter*innen unterzeichnet.

Wir diskutieren den Inhalt des sehr unterstützungswürdigen Antrags, insbesondere anhand des Anforderungstextes (<https://lieferkettengesetz.de/forderungen/>). Dieser beschreibt, wie die verschiedenen Aspekte der Problematik in dem Gesetz berücksichtigt werden müssen. In seiner Kürze lässt er offensichtlich noch viel Spielraum für Umgehungen bzw. Verwässerungen der beschriebenen Zielsetzungen. Angesichts des zu erwartenden Widerstandes der Unternehmerlobby wird viel Druck durch die Zivilgesellschaft auf die Politik aufgebaut werden müssen, um ein wirklich wirksames Gesetz durchzusetzen.

TOP 4 Perspektiven und Pläne für 2020

Diesen wichtigen, beim letzten Treffen aber nur kurz angerissenen Punkt, der danach noch mittels einiger Email-Beiträge weiterverfolgt wurde, wollen wir beim nächsten Treffen nochmals aufgreifen, in der Hoffnung auf zahlreiche Beteiligung.

Wir wollen die Vorführung von Video-Filmen ins Auge fassen, was im BUZO leicht möglich ist.
Vorschlag Martin: Youtube-Film(e): "Konzerne klagen - wir zahlen"

TERMINE:

Nächstes NPuG-Treffen: Montag 16.3./30.3.2020, 18 Uhr, BUZO, Kronenstr. 9 ????????

Beim nächsten regulären Termin 23.3. gibt es ein Problem aufgrund der Auftaktveranstaltung mit MdM zu den Frühlingstagen der Nachhaltigkeit am KIT (ab 18 Uhr, sehr zu empfehlen!):
<http://www.zak.kit.edu/fruehlingstage2020/21.php>

Weitere mögliche Alternativen: Verschiebung in den April. **Muss noch geklärt werden!**

Dienstag 10. März 2020 Beginn: 19:30 Uhr Ende: 21:30 Uhr - **Stammtisch** Attac Karlsruhe

Dienstag 31.03.2020, ab 19.00 Uhr im BUZO: **Mitgliederversammlung** von Attac Karlsruhe

Mittwoch 22.4.2020, im Ständehaus-Saal, Veranstaltung zum Thema Waffenexporte, Flüchtlingsfrage.
Mit Afrika-Chor (Heidelberg)

Neues von

Energie-Wende und Klimawandel

(Februar 2020)

1. **Das Kohleausstiegsgesetz wurde im Januar vom Kabinett beschlossen, auch Bund und Länder haben sich – nach Modifikationen – über den Gesetzesentwurf geeinigt. Das Ergebnis dieser Prozesse wird von Seiten der Zivilgesellschaft vernichtend kritisiert (siehe #11, #12, #22).** So weisen Kritiker darauf hin, dass es von 2018 bis 2020 nur eine einzige symbolische Stilllegung von 300 Megawatt Kohle geben soll – statt der im Kohlekompromiss vorgesehenen "signifikanten Beiträge" zum 2020er Klimaziel. Insgesamt komme es mit der Bund-Länder-Einigung allein durch die Braunkohlekraftwerke bis 2030 zu einem zusätzlichen Ausstoß von etwa 40 Millionen Tonnen CO₂. Vor allem ein Punkt der Bund-Länder-Einigung erbost die Umweltschützer besonders: Die Bestandsgarantie für den Hambacher Forst zwischen Köln und Aachen wird mit dem Abbaggern weiterer Ortschaften für RWE-Braunkohle verknüpft. Diese "unnötige und unwiederbringliche Zerstörung von Dörfern" sei nicht akzeptabel, heißt es in der Stellungnahme. Das verletze den Kohlekompromiss. Überdies sei die von RWE geplante "Insellösung" für den Hambacher Wald "nicht nachvollziehbar" und "empörend". Jahrelang habe RWE beteuert, dass der Hambacher Forst vom Tagebau nicht umfahren werden könne, weil das die mittelfristige Austrocknung des verbliebenen Waldes und die Zerstörung dahinter liegender Dörfer bedeute. Nun solle genau dies geschehen.
2. **Die im Kohle-Ausstiegsbeschluss enthaltenen Entschädigungsklauseln für Kohlekonzerne und Kraftwerksbetreiber erfahren nachhaltige Kritik (siehe #01, #06, #17, #19, #28).** So sollen große Entschädigungssummen bezahlt werden, obwohl in einigen Fällen gar keine Verluste eintreten, und Ausstiegstermine werden von Kraftwerksbetreibern sogar noch über 2038 hinaus verschoben.
3. **Die bisher schärfste Kritik am Kohleausstiegsgesetz der Bundesregierung legt jetzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vor. Nur bei einem Kohleausstieg bis 2030 und einem verdreifachten Ausbau der Erneuerbaren könne Deutschland das Pariser Klimaziel einhalten (siehe #04, #29).** Bisher erschien der deutsche Kohleausstieg, auch wenn er bis 2038 dauern soll und das Votum der Kohlekommission teilweise ignoriert, als eine Art politischer Betriebsunfall, der sich mit diesen oder jenen Maßnahmen noch reparieren ließe. Mit dieser Idee räumt nun eine am 12. Februar vorgestellte Studie des DIW (im Auftrag des Umweltverbandes BUND) auf. Der Titel: "Klimaschutz statt Kohleschmutz". Verglichen mit dem ursprünglichen Kohlekompromiss würde der aktuelle Gesetzesentwurf zum Kohleausstieg zu Mehr-Emissionen von insgesamt 134 Millionen Tonnen CO₂ führen;

so beziffert DIW-Autorin Claudia Kemfert den Unterschied, der noch in keiner Ausarbeitung zum Ausstiegsgesetz derart groß gewesen ist. "Der Kohleausstieg kommt zu spät und verschiebt die Reduzierung der Kapazitäten nach hinten", erläutert die Energieökonomin den Hauptgrund. Ein Kohleausstieg, der kompatibel zu den Pariser Klimabeschlüssen ist, muss nach ihren Erkenntnissen im Jahr 2030 abgeschlossen sein. "Alle anderen Lösungen führen dazu, dass wir die Klimaziele nicht werden erreichen können." In Zahlen heißt das laut der Studie: Bleibt es bei diesem Kohleausstieg, dann verbraucht der Energiesektor zwei Drittel des gesamten deutschen CO₂-Budgets bis 2040 (nämlich 4.400 von 6.600 Millionen Tonnen CO₂). Das Restbudget für die anderen Sektoren wäre entsprechend gering. Ein Kohleausstieg nach Pariser Maßstab würde dagegen nur rund 2.450 Millionen Tonnen des CO₂-Budgets beanspruchen – damit würde Deutschland einen Spielraum von 2.000 Millionen Tonnen gewinnen.

4. **Was kostet Deutschland ein konsequenter Klimaschutz bis zum Jahr 2050, fragt der BDI? Mit einer Untersuchung zu dieser Frage wurden die Unternehmensberatung BCG und das Forschungsinstitut Prognos betraut, das Ergebnis liegt als Studie vor (siehe #15, #30).** Für einen konsequenten Klimaschutz ist nicht nur eine komplette Umstellung der Stromversorgung nötig, sondern mindestens eine ebenso tiefgreifende Wende beim Heizen und Wohnen, im Verkehr und in der Industrie. Die jährlichen Aufwendungen dafür belaufen sich gemäß dieser Studie auf 1,2 bis 1,8 Prozent des BIP.
5. **In diesem und mindestens noch den nächsten beiden Jahren wird der Offshore-Ausbau drastisch einbrechen (analog zum Onshore-Ausbau), dies kündigte der Branchenverband Ende Januar an (siehe #26, #26b).** Alles in allem gibt es jetzt in der deutschen Nord- und Ostsee knapp 1.500 Offshore-Windanlagen mit einer Kapazität von rund 7.700 Megawatt. Sie deckten letztes Jahr vier Prozent des hiesigen Stromverbrauchs ab, 2018 waren es drei Prozent. Doch nun wird die Erfolgsstory ziemlich abrupt enden. Für dieses und die beiden kommenden Jahre kündigt sich eine "massive Ausbaulücke" an, erklärte Andreas Wagner, Geschäftsführer der Stiftung Offshore-Windenergie, am Donnerstag in Berlin. Für 2020 gibt es keine belastbare Ausbau-Prognose, für 2021 und 2022 rechnet man mit vielleicht jeweils 500 Megawatt. "Der Fadenriss lässt sich auch nicht mehr heilen, weil die Vorlaufzeiten für Offshore so lange sind – aber man kann die Folgen abmildern", sagte Wagner. Wichtigstes Ziel der Branche ist es, etwa ab Mitte der zwanziger Jahre den Ausbau wieder in Fahrt zu bringen.

Offiziell gilt noch das alte EEG-Ziel, bis 2030 insgesamt 15.000 Megawatt Windkraft auf See zu installieren. Davon ist mit den jetzigen 7.700 die Hälfte geschafft. In der Pipeline bis 2030 sind weitere 7.300 Megawatt, bei denen die Ausschreibungen entweder bereits abgeschlossen oder für die kommenden fünf Jahre fest eingeplant sind. Allerdings rechnet die Bundesregierung in ihrem Klimaschutzprogramm 2030 inzwischen mit einem Offshore-Ausbau auf 20.000 Megawatt. Dieses Ziel war eine Zeitlang auch im Kohleausstiegsgesetz verankert gewesen, flog dort aber im November 2019 raus. "Wir warten bis heute darauf, dass die Bundesregierung und der Bundestag dieses Ziel von 20.000 Megawatt gesetzlich verankern", so Offshore-Geschäftsführer Wagner. Wie die zusätzlichen 5.000 Megawatt geschafft werden sollen, da gibt es in der Branche nur vage Vorstellungen.

Das Problem der Offshore-Branche: Ihre Windparks rechnen sich vor allem als Großprojekte. Solche brauchen einen langen Planungsvorlauf, etwa vier Jahre. Im vergangenen Jahr fand allerdings die vorerst letzte Ausschreibung für Windräder auf See statt. Erst 2021 wird nach derzeitigem Stand neu ausgeschrieben. Sprich: Ab 2022 dürfte mehr oder weniger ein dreijähriger Baustopp eintreten. Das will die Branche verhindern. Sie möchte eigene Sonderausschreibungen durchsetzen, wie es sie für die Windkraft an Land und für die Solarkraft geben soll. Bis 2030, heißt es, müsse man auf 20.000 Megawatt Offshore-Kapazität kommen, um das deutsche Erneuerbaren-Ziel zu erreichen.

6. Die **184 Staaten, die das Paris-Abkommen unterzeichnet haben, hätten bis spätestens 9. Februar ihre verbesserten Klimaziele einreichen müssen. Nur drei Staaten (Marshallinseln, Surinam, Norwegen) haben sich an diese Frist gehalten (siehe #09, #18).** Es stehen allerdings Ankündigungen einiger weiterer Staaten im Raum.

LITERATUR:

#01: <https://www.klimareporter.de/deutschland/das-goldene-ende-der-lausitzer-kohle>

#04: <https://www.klimareporter.de/strom/pariser-klimaziel-nur-mit-kohleausstieg-bis-2030-erreichbar>

#06: <https://www.klimareporter.de/finanzen-wirtschaft/die-1-75-milliarden-euro-entschaedigungs-fragen>

#09: <https://www.klimareporter.de/international/paris-abkommen-die-laender-liefern-nicht>

#11: <https://www.klimareporter.de/deutschland/die-braunkohle-bleibt-der-klima-knackpunkt>

#12: <https://www.klimareporter.de/deutschland/spiel-mit-dem-kohle-feuer>

#15: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kohleausstieg-wie-die-energiewende-jetzt-weitergeht-a-334b2dea-8572-4221-8c00-61c8960a1b67#ref=rss>

#17: <https://www.klimareporter.de/deutschland/das-goldene-ende-der-lausitzer-kohle>

#18: <https://www.klimareporter.de/europaische-union/deutschlands-klimaplan-laesst-weiter-auf-sich-warten>

#19: <https://www.klimareporter.de/finanzen-wirtschaft/die-1-75-milliarden-euro-entschaedigungs-fragen>

#22: <https://www.klimareporter.de/energiewende/kohlekompromiss-am-ende>

#26: <https://www.klimareporter.de/strom/wind-auf-see-geht-baden>

#26b: <https://www.klimareporter.de/strom/branche-warnt-vor-offshore-baustopp>

#28: <https://www.klimareporter.de/deutschland/wozu-so-viel-entschaedigung-fuer-die-braunkohle>

#29: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.725608.de/diwkompakt_2020-148.pdf

#30: <https://bdi.eu/publikation/news/klimapfade-fuer-deutschland/>